Leader: Wohin geht die Reise?

RZ-Miniserie »LeaderLand« (3) - Mehr Mittel gewünscht

Kai-Uwe Hanken

Unterwegs im LeaderLand: Vertreter lokaler Aktionsgruppen aus Ostfriesland bei einer Exkursion im niederländischen Wessinghuizen. Wie es weitergeht mit dem Programm, entscheidet sich in zwei Jahren. Foto: Hanken

Noch bis Ende 2027 läuft die aktuelle Leader-Förderperiode. Der Großteil der Gelder ist in der hiesigen Region »Ostfriesland an der Ems« bereits ausgegeben oder verplant. Wie geht die Reise weiter im »LeaderLand«? Eine Umfrage der RZ ergab: Die Rheiderland-Bürgermeister möchten diese Reise gern fortsetzen. Allerdings bewerten sie Effektivität und Nutzen der Förderkulisse bisweilen höchst unterschiedlich.

Vieles wurde bereits in die Tat umgesetzt, einiges wird noch folgen. Im Rheiderland gibt es aktuell noch einige Projekte, die mit Leader-Mitteln gefördert werden sollen und angemeldet wurden. Regionalmanagerin Heike Brunken-Winkler gewährt einen Ausblick: »Die Gemeinde Bunde möchte ihren Wohnmobilstellplatz erweitern und barrierefrei gestalten. Die Stadt Weener möchte gemeinsam mit der Kirche und dem Bürgerverein in Kirchborgum ein Dorfgemeinschaftshaus bauen und es gemeinsam betreiben«. Für das Dorfhaus-Projekt ist eine Förderung von 200.000 Euro beantragt.

In der Gemeinde Jemgum befinden sich überdies noch zwei Projekte in der Umsetzung: Im Bürgerhaus Jemgum soll der Ausbau des Dachgeschosses zu einem Jugendraum, Archiv und Medienraum erfolgen (rund 106.000 Euro Förderung). In der Jemgumer Mühle wird das Trauzimmer im Achtkant neugestaltet (rund 16.100 Euro).

Und was wird danach aus »Ostfriesland an der Ems«? Brunken-Winkler ist überzeugt: »Ich gehe davon aus, dass sich die Region auch zur nächsten Förderperiode bewerben wird. Die Lokale Aktionsgruppe hat aber, aufgrund der restlichen verbleibenden Zeit darüber noch nicht gesprochen.«

Auch bei den Rheiderland-Bürgermeistern stehen die Zeichen auf Fortsetzung. Doch das Fazit fällt von Kommune zu Kommune unterschiedlich aus.

Vorbild Niederlande

»Ich würde mir wünschen, dass das Leader-Programm mit neuen Mittel fortgesetzt wird«, hofft Bundes Bürgermeister Uwe Sap auf eine Neuauflage. Positiv bewertet er die Möglichkeit, dass Bürgerwünsche und -anregungen mit aufgenommen werden. »Die im Vorfeld stattgefunden öffentlichen Diskussionsrunden im Bewerbungsverfahren waren sehr wichtig«, so Sap. Er wünscht sich, dass Bunder »Nachrücker-Projekte« wie die erwähnte Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes noch Berücksichtigung finden: »Wenn das noch klappt, würden wir uns freuen«.

Uwe Sap (Bunde). Foto: Hoegen

Bei einer Fortsetzung des Programms sieht er die Bunder Nachbarn als Vorbild: »Was ich mir wünschen würde, wäre eventuell eine Anpassung der Förderkulisse wie in den Niederlanden. Da gibt es durchaus interessante Möglichkeiten, die hier aktuell so nicht umsetzbar sind«, sagt Sap. Wie berichtet, haben die niederländischen Nachbarn in ihren Förderkonzepten auch die Möglichkeit festgeschrieben, Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern.

»Förderung deutlich erhöhen«

Trotz bisheriger und in Aussicht stehender Förderung: Eher kritisch-skeptisch sieht Weeners Bürgermeister Heiko Abbas das Leader-Programm. Eine Fortsetzung sei nur sinnvoll, »wenn die Summe der Förderung deutlich erhöht wird«, stellt er fest. Umgerechnet auf die gut 120.000 Menschen in der hiesigen Förderregion und die Programm-Laufzeit von fünf Jahren, würden pro Einwohner einer beteiligten Kommune im Jahr nur vier Euro zur Verfügung stehen. »Das ist für eine wirkungsvolle Förderung zu wenig«, moniert Abbas.

Heiko Abbas (Weener). Foto: Hanken

Aus seiner Sicht steht mit dem Rat der Stadt Weener bereit ein »sehr gutes und erprobtes Konstrukt« für die Beratung und Bereitstellung von Mitteln zur Verfügung - vor allem für den Ehrenamtsbereich. »Es wäre schön, wenn nicht noch ständig weitere neue Förderkulissen geschaffen werden, sondern die Kommunen einfach besser ausgestattet werden«, so sein Wunsch.

Grundsätzlich begrüßt der Stadtchef den Ansatz, auf einfachem Wege Gelder zur Förderung bereit zu stellen. »Leider steht der Aufwand mit der Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes, einem Regionalmanagement und einer entsprechenden Arbeitsgruppe nicht im Verhältnis zu den ausgekehrten Mitteln«, findet Abbas.

Chancen selbst schaffen

»Begeistert« zeigt sich hingegen sein Jemgumer Amtskollege Hans-Peter Heikens von Leader und führt dafür gleich mehrere Gründe an. Zum einen hätten sowohl die Kommunen als auch die Nutznießer des Programm selber, die Chance, die Förderrichtlinien quasi selber zu erarbeiten. »Zwar werden die Themenbereiche vorgegeben, aber die eigentliche Ausgestaltung liegt zu einem Großteil in unseren eigenen Händen«, so Heikens. Darüber hinaus entscheide eine Jury vor Ort über die Vergabe der Mittel. »Das ist deutlich effektiver, als wenn das irgendwo im fernen Hannover, Berlin oder gar Brüssel in einem Büro entschieden wird. Hier sind wir viel näher dran an den Themen und die Antragsteller können sich und ihre Projekte selber auch vorstellen. Damit lernt sich die Region insgesamt auch noch besser kennen«, betont der Gemeindechef.

Hans-Peter Heikens (Jemgum). Foto: Hanken

Einziger Wermutstropfen: Das Volumen der Mittel reicht nicht aus, um alle Ideen umsetzen zu können. »Mein Wunsch wäre von daher, dass die Leader-Mittel noch einmal deutlich aufgestockt werden, meinetwegen ruhig zu Lasten anderer Fördertöpfe«, sagt Heikens.

Der Jemgumer Bürgermeister erneuert in diesem Zusammenhang seine grundsätzliche Kritik an der Förderpolitik aus Hannover, Berlin und Brüssel. »Schlussendlich wäre den Kommunen deutlich mehr geholfen, wenn es statt der Wahlgeschenke in Form von Förderprogrammen eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen gäbe, und zwar kontinuierlich«, schlägt er in dieselbe Kerbe wie Heiko Abbas. Heikens appelliert an die Verantwortlichen in Berlin und Hannover, den Mut zu haben, »die Finanzverteilung komplett zu reformieren.«

Unterm Strich herrscht also Einigkeit bei den kommunalen Spitzenvertretern des Rheiderlandes: Grundsätzlich sollte es weitergehen mit der Reise durchs Leader-Land. Bei der künftigen »Routenplanung« und dem »Reise-Etat« dafür wird jedoch noch Nachbesserungsbedarf gesehen.

Abschlussfoto in Steendam. Ob und in welcher Zusammensetzung die LAK-Gruppen nach 2027 wieder zusammenkommen, ist noch offen. Foto: Hanken

Zweifel an Reue und tödliche Stiche im Affekt

Prozess nach Emder Ehe-Drama: Gericht sieht weiteren Beratungsbedarf und vertagt Urteilsspruch

AURICH Mit einer Entschuldigung des Angeklagten begann vor dem Landgericht Aurich der zweite Prozesstag gegen den 68-jähriger Emder, der am Vormittag es 19. Januar seine Frau getötet haben soll. »Es tut mir unendlich leid, was ich meiner Frau angetan habe«, trug der Angeklagte vor. Auch seiner Familie und sich selbst habe er Leid und Schmerz zugefügt. »Ich weiß nicht, was an dem Tag mit mir passiert ist, dass ich zu so etwas imstande war.« In seinem letzten Wort vergoss er erstmals öffentlich Tränen.

Über das, was passiert ist, waren sich die Juristen in ihren Plädoyers einig. Der Angeklagte hatte am Tatmorgen selbst den Notruf getätigt und der Polizei mitgeteilt, dass er seine Ehefrau getötet habe. Das Geständnis wiederholte er auch im Gerichtssaal. Im Streit mit seiner Frau hatte der Angeklagte ein großes Messer aus der Küche geholt und auf sie eingestochen. Die Rechtmedizinerin Vanessa Preuss zählte 17 Stich- und Schnittverletzungen, die zum Teil »mit großer Wuchtigkeit« ausgeführt worden seien.

Im Mittelpunkt des Verhandlungstages stand mehr die Psychologie, die Beziehung der Eheleute und der Charakter des Angeklagten. »Wir haben ein äußeres und ein inneres Erscheinungsbild der Ehe«, sagte Psychiater Wolfgang Trabert. Nach außen wurde ein harmonisches Bild vermittelt. Nach innen hingegen habe es immer wieder Streitigkeiten vor allem ums Geld gegeben. Der Angeklagte war in einer Familie aufgewachsen, die finanziell nicht auf Rosen gebettet war. Von seiner Mutter hatte er Sparsamkeit gelernt und übernommen. »Für ihn war es eine besondere Belastung, wenn das Konto überzogen war. Er empfand es als Kränkung, wenn er nur nebenbei davon erfuhr«, führte der Sachverständige beispielhaft an. Konflikte wurden nie offen ausdiskutiert. Aber der Angeklagte habe ein sehr gutes Gedächtnis. »Das kann schwierig sein, wenn es um Vergeben und Verzeihen geht«, so der Gutachter.

Der Angeklagte habe sich immer beherrscht. Doch die Kränkungen und Konflikte hätten sich bei ihm aufgestaut. Die Affekte hätten sich dann mit der Tat Bahn gebrochen. »Es handelt sich um eine tiefgreifende Einengung des Bewusstseinsfeldes«, sagte der Gutachter. Jede Hemmung sei verloren gegangen. Nach der Tat sei er kurzzeitig von seinem Handeln erschüttert gewesen. Deshalb sah der Sachverständige eine erheblich verminderte Schuldfähigkeit als gegeben an.

Staatsanwältin Anna Hoormann und Verteidiger Alexander Schwenen folgten in ihren Plädoyers dieser Einschätzung. In ihren Anträgen lagen sie aber weit auseinander. Neun Jahre und zehn Monate hielt die Vertreterin der Staatsanwaltschaft für angemessen, der Verteidiger zwischen fünf und sechs Jahren für ausreichend.

Nur Nebenklagevertreter Joachim Müller, der die Interessen der Kinder und der Schwester der Getöteten vor Gericht vertritt, war anderer Ansicht, was die Frage der Schuldfähigkeit des Angeklagten anbelangte. »Ein für viele geliebter Mensch wurde aus dem Leben gerissen«, sagte der Anwalt. »Ihre Sichtweise werden wir nicht kennenlernen.« Damit wandte sich der Anwalt der Einlassung des Angeklagten zu. »Was er uns hier erzählt hat, war eine einzige Anklage gegen das Opfer.«

Joachim Müller betonte, dass man nach der Tat nur von einer sehr kurzen Erschütterung erfahren habe. »Danach folgten sehr rationale Handlungen. Wer völlig fassungslos ist, schreibt keine Nachricht an die Kinder, in der die Frau beleidigt und herabgesetzt wird.«

Es handele sich auch nicht um einen spontanen Angriff, wenn man erst in die Küche gehe und ein Messer hole. »Als die Polizei kam, stand der Angeklagte ruhig am Auto und rauchte. Das passt nicht zu einem Affektgeschehen«, fügte der Anwalt der Nebenkläger weitere Punkte hinzu. Auch nachhaltige Reue kaufte er dem Emder nicht ab. »Das kann ich nicht in Übereinstimmung bringen mit der Äußerung des Angeklagten: ‚Ich habe mit der Sache abgeschlossen.‘ »

Möglicherweise sind es diese Bedenken, die die Kammer weiter beschäftigen. Denn die geplante Urteilsverkündung wurde wegen weiteren Beratungsbedarfs auf den 10. Juli, 14 Uhr verschoben. *mari*